

**2011 - Blockieren bis der
Naziaufmarsch
Geschichte ist!
Seite -5-**

WIEDER NAZIS IN DRESDEN
BLOCKIEREN

Linkes Blatt DIE LINKE.

1. Ausgabe / 21. Jahrgang

Für Halle

18. Januar 2011

2011 - Jahr der Herausforderungen

Das Jahr 2011 ist in vielerlei Hinsicht ein Jahr der Entscheidungen, welches DIE LINKE in besonderer Weise herausfordert. Es gilt 7 Landtagswahlen zu bestreiten. In Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg wollen wir erstmals in den Landtageinziehen; in Hamburg und Bremen gilt es, die errungenen Positionen zu behaupten; in Berlin stehen wir als erfolgreicher Koalitionspartner im Senat zur Wahl und in Sachsen-Anhalt sowie Mecklenburg-Vorpommern wollen wir mit unseren Angeboten die Wählerinnen und Wähler von unserer Politik überzeugen und als stärkste Partei den Ministerpräsidenten stellen.

Aber auch innerhalb unserer Partei haben wir uns Herausforderungen zu stellen: Es gilt bis Ende des Jahres unsere Positionen zu klären und in einem Mitgliederentscheid das neue Parteiprogramm zu verabschieden. Im Landesverband Sachsen-Anhalt und im Stadtverband Halle sind im Herbst die Vorstände neu zu wählen und es gilt, unsere Partei weiter zu festigen. Dabei müssen wir darauf achten, dass wir uns nicht, wie es im vergangenen Jahr leider zu oft geschehen ist, selbst ein Bein stellen.

Das Bild unserer Partei sollte nicht von nach innen gerichteten Debatten, wer nun am meisten Recht habe, geprägt sein. Dafür sind die Probleme in unserem Land, in unserer Stadt einfach zu groß. Die, die uns gewählt haben, uns unterstützen, erwarten von uns, dass wir uns hier jetzt und heute für eine solidarische, demokratische und sozial gerechte Gesellschaft einsetzen.

DIE LINKE Halle wird sich 2011 diesen Herausforderungen stellen, wir wollen in unserer Stadt mit einem guten Wahlergebnis zur erfolgreichen Landtagswahl beitragen, die Programmdiskussion fair und offen miteinander führen und in unserer Stadt klar Partei ergreifen für die Bekämpfung der Armut, für Mindestlöhne und Bildungsgerechtigkeit. Wir werden an der Seite von Vereinen und Verbänden uns gegen die geplanten massiven Einschnitte im sozialen und kulturellen Leben unserer Stadt einsetzen. Wir wollen in diesem Jahr aber auch für uns werben und neue Mit-

glieder gewinnen. Dafür brauchte den ganzen Stadtverband, jede Basisorganisation und jedes Mitglied.

Liebe Genossinnen und Genossen, ich wünsche uns allen ein arbeitsreiches Jahr 2011 an dessen Ende wir auf Erfolge bei Wahlen, aber auch bei der Umsetzung unserer Wahlprogramme blicken können. Ich hoffe, dass wir uns bald auch persönlich sehen, ob nun im Wahlkampf, bei der Kundgebung mit Gregor Gysi am 17. März oder bei einer der vielen Veranstaltungen zur Diskussion des Parteiprogramms.

Swen Knöchel

Spruch in der Silvesternacht

Man soll das Jahr nicht mit Programmen
beladen wie ein krankes Pferd.
Wenn man es allzu sehr beschwert,
bricht es zu guter Letzt zusammen.

Je üppiger die Pläne blühen,
um so verzwickter wird die Tat.
Man nimmt sich vor, sich zu bemühen,
und schliesslich hat man den Salat!

Es nützt nicht viel, sich rotzuschämen.
Es nützt nichts, und es schadet bloss,
sich tausend Dinge vorzunehmen.
Lasst das Programm! Und bessert euch
drauflos!

Erich Kästner

Aus der Stadtratssitzung am 15.12.2010

Es gab etwas Neues in der letzten Stadtratssitzung des Jahres! Zum ersten Mal redete ein Staatssekretär des Landes Sachsen-Anhalt - hier: Herr Erben - zum Haushalt der Stadt Halle (Saale). Verschiedene Schreiben des Landesverwaltungsamtes gaben vor allem den Vereinen und Verbänden der Stadt Halle Anlass zu Sorgen! Herr Erben erklärte unter dem Tagesordnungspunkt „Mitteilungen“ die Haltung des Landes zum Haushalt der Stadt Halle (Saale). Er stellte dar, dass die Stadt Einnahme-, aber auch Ausgabenprobleme hätte. Er bezog sich auf die höheren Personalausgaben in Halle und die relativ hohen Ausgaben für die Kultur im Gegensatz zu anderen Städten. Nachholebedarf sah er vor allem im Haushaltskonsolidierungskonzept der Stadt. Er forderte die schnelle Verabschiedung des Haushaltes für 2011, nur so könne die Stadt dem „Sparkommissar“ entgegen. Solange es keinen bestätigten Haushalt durch das Landesverwaltungsamt gibt, können auch sogenannte freiwillige Leistungen nicht bezahlt werden! Aus diesem Grund gab Frau Szabados auf eine Anfrage zu verschickten Schreiben des Jugendamtes mit dem Inhalt, dass ab Januar nur mit teilweisen finanziellen Mitteln gerechnet werden kann, folgende Antwort: „Zahlungen könnten auf Grund der jetzigen Haushaltslage nur geleistet werden, wenn sie gesetzlich vorgeschrieben sind oder unabwendbar. Als Verwaltung habe sie keine andere Möglichkeit. Wie die Träger nun reagieren, ob sie z.B. Miet- und Arbeitsverträge kündigen, weil sie ja möglicherweise gar kein Geld von der Stadt bekommen, müsse

jeder Träger für sich selbst entscheiden“. Ja - harte Zeiten stehen uns bevor!

Relativ schnell und ohne große Diskussionen wurden die Vorlagen der Verwaltung verabschiedet. Zustimmung gab es z.B. zur "Feststellung der Jahresrechnung 2009 und Entlastung der Oberbürgermeisterin, zum Wirtschaftsplan der Stadtmarketing Halle (Saale) GmbH für das Jahr 2011 sowie zur Fortsetzung der Mitgliedschaft der Stadt Halle (Saale) im Euro India Center". Zur Vorlage „Mitteilung des Landesrechnungshofes vom 02.03.2010 über die Prüfung der öffentlichen Förderung des Eine-Welt-Hauses e.V.“ ... gab es wiederholt Diskussionen. Zum Hintergrund muss man wissen, dass es Diskussionen zum Thema schon monatelang in den Ausschüssen gab und es den Verein „Eine-Welt-Haus“ inzwischen auch nicht mehr gibt. Wir haben der Vorlage unsere Zustimmung gegeben, insgesamt wurde sie auch angenommen. Wir wissen wohl, dass auch Fehler der Verwaltung bei der

Fördermittelvergabe zugelassen wurden. Sie werden aufgearbeitet und mit der Stellungnahme der Stadt wird der langwierige Auseinandersetzungsprozess abgeschlossen. Zustimmung gab es im Stadtrat zur „Gründungsbegleitenden Vereinbarung zur Errichtung einer gemeinsamen Einrichtung nach dem § 44 b SGB II n.F.“. Dahinter verbirgt sich die „Nachfolge“ der ARGE - die neue Rechtsform ist das Jobcenter. Inhaltliche Veränderungen gegenüber der ARGE gibt es kaum.

6 Stadträte werden in Zukunft im Beirat des Jobcenters mitarbeiten. Der Antrag unserer Fraktion, eine Neuordnung der Parkplätze am Kurt-Wabbel-Stadion vorzunehmen, wurde im Stadtrat angenommen. Somit wird es Anwohnern möglich sein, außerhalb des Spielbetriebes auf den Parkflächen des Stadions ihre Autos abzustellen. Integriert wurde der FDP-Antrag, im Bereich der VIP-Parkplätze auch Stellflächen für Behinderte entstehen zu lassen.

Ute Haupt, Stadträtin

Ich finde unsere Stadtratsfraktion macht eine wirklich gute Arbeit.



Hartmut Büchner

1. Hartmut, Du bist nun schon in der zweiten Wahlperiode als sachkundiger Einwohner für die Fraktion DIE LINKE. im Rechnungsprüfungsausschuss tätig. Was reizt Dich an dieser ehrenamtlichen Tätigkeit?

Reiz ist nicht der richtige Ausdruck. Neugier war anfänglich schon da. Was passiert eigentlich mit den vielen Millionen, die in die Stadtkasse fließen? Kann man damit nicht effizienter umgehen? Inzwischen ist

die Ernüchterung und Sorge groß. Die Stadt spart und spart, verkauft immer mehr Tafelsilber und trotzdem wirkt das alles nicht. Die Einschnitte werden immer härter.

2. Du bist auch engagiertes Mitglied im Arbeitskreis „Wirtschaft und Verkehr“. Welche Themen sind dort für Dich derzeit interessant und wie kannst Du Dich einbringen?

Danke für die Blumen.

Ich fühle mich dort wohl. Wir sind gemeinsam Suchende, führen einen konstruktiven und ehrlichen Meinungsstreit. Was muss getan werden, damit wirtschaftlicher Fortschritt zu sozialem Fortschritt führt und auch für Folgegenerationen nachhaltig gut ist.

3. Du bist ein „linker“ Wirtschaftsunternehmer.

Mit diesem Hintergrund:

Wo siehst Du für die Stadtratsfraktion noch mehr Ansatzpunkte für die linke Politik?

Nenne mich besser linken Kapitalisten oder Kapitalist mit Gemeinsinn. Das ist klarer. Ich finde unsere Stadtratsfraktion macht eine wirklich gute Arbeit. Wenn ich einen Ratschlag geben kann: Nehmt keine Ratschläge von Unternehmern für die kommunale Arbeit an. Es wird schon viel zu viel durchökonomisiert!

Das Interview führte Ute Haupt.



RosaLuxemburgStiftung Sachsen-Anhalt
Gesellschaftstransformation und Eigentum

**Vortrag mit Diskussion,
Kulturtreff Halle-Neustadt, Am Stadion 6,
20.01.2011, 18:00 Uhr**

1. Demokratischer Sozialismus als Ziel, Wertesystem, Handlungsorientierung und transformatorischer Prozess
2. Historische Erfahrungen: Erfolge und Grenzen von Reformen, Stärken und Sackgassen von Revolutionen. Transformation als Verknüpfung von Reformen und Wandel von revolutionärer Tiefe.
3. Doppelte Transformation: kosoziale Reformalternative als Transformation im Rahmen des Kapitalismus – Transformation über ihn hinaus.
4. Die Eigentumsfrage als Machtfrage. Die erste Antwort der LINKEN auf die Eigentumsfrage: Erneuerung der Demokratie und Unterwerfung aller Eigentumsformen unter soziale und ökologische Maßstäbe.
5. Die zweite Antwort der LINKEN: Vergesellschaftung des Kapitaleigentums in entscheidenden Bereichen der Gesellschaft – Vergesellschaftung als transformatorischer Prozess.
6. Die dritte Antwort: solidarische Mischwirtschaft, die Kombination unterschiedlicher Eigentumsformen in einer neuen Rahmensetzung, in der der Markt durch politische Regulation begrenzt wird.
7. Die vierte Antwort: demokratische Gestaltung von öffentlichem und kommunalem Eigentum, neue Maßstäbe der Effizienz.

Referent: Prof. Dieter Klein,
Rosa-LuxemburgStiftung Berlin

Kontakt:

RLS Regionalbüro Halle (Saale), Blumenstraße 16,
06108 Halle (Saale), Tel./Fax: 0345 2025594,
email: gs-halle@rosa-luxsa.de

Linkes Blatt

Impressum:

DIE LINKE Halle, Stadtvorstand
Blumenstraße 16
06108 Halle (Saale)
Telefon 0345 / 20 255 90
eMail:
linkesblatt@dielinke-halle.de
Swen Knöchel (v.i.S.d.P)

Herstellung: Eigendruck
Erscheinungsweise: 14 - t ä g i g
Auflage: 650 Exemplare

Spende erbeten

Endredaktion dieser Ausgabe:
13.01.2011
Redaktionsschluss der nächsten
Ausgabe: 27.01.2011

Leserbrief

„Das rote Leuchten“

Es ist nicht so lange her, dass alle Welt über die Bankenkrise, den „Turbokapitalismus“, und „unermessliche Habgier“ debattierte. Mit Milliarden Steuergeldern wurden die Banken gerettet. Kinder- und Altersarmut, Pflege- und Bildungsnotstand blieben. Angst vor Klimakatastrophen blieb auch. Wen wundert es, wenn gefragt wird, ob das die Zukunft der Menschheit sein soll. Wie oft ist in den letzten beiden Jahren Karl Marx mit seiner Kapitalismuskritik zitiert worden. Hörsäle waren voll bei Vorträgen zum „Manifest der Kommunistischen Partei“. Heizte Gesine Löttsch die Debatte an, wie Christian Bommarius am 8.1. behauptet? Nein das Anheizen kommt von „kalten Kriegern“, die schon am 7. in der MZ genannt wurden. In diesem Stil des kalten Krieges beschimpft Bommarius Rosa Luxemburg als „Löttschs ideologische Zapfsäulenheilige“. Albert Schweitzer veröffentlichte im Januar 1921 im „Evangelisch-protestantischen Kirchenboten für Elsass und Lothringen“ einen Beitrag über Rosa

Luxemburg: „Rosa Luxemburg war die kommunistische Sozialistin, die mit Karl Liebknecht die Aufstände in Berlin anführte, bei denen so viel Blut floss. Bekanntlich fand sie selber mit Liebknecht dabei den Tod. Alle, die sie näher kannten, sagen aus, dass in der Anarchistin und Revolutionärin eine große Idealistin lebte. Sie kam auf die revolutionäre Bahn, weil eine so große Sehnsucht nach Gerechtigkeit und Menschlichkeit in ihr wohnte und weil sie meinte, dass eine durch die Revolution neu organisierte Gesellschaft diese Ideal verwirklicht würde.“

Albert Schweitzer, geb. am 14.1.1875, war weder ein Freund der Revolution noch des Kommunismus, aber besaß Anstand. Dieser ist Herrn Bommarius völlig abhanden gekommen, weil er fürchtet, dass in der Zeit von Landtagswahlen Utopien über einen Ausweg aus dem Turbokapitalismus einer linken Partei Sympathien bringen können.

Prof. Dr. Ernst Luther

Nur Mindestlohn kann neue Lohndumpingwelle verhindern

Der Vorsitzende der LINKEN, Klaus Ernst, wirft der Bundesregierung eine Blockadehaltung beim Mindestlohn vor und begrüßt die Ankündigung von Protesten durch die Gewerkschaften. Nach Ernsts Ansicht dürfen auch organisierte Proteste während der Arbeitszeit kein Tabu sein. Ein „politischer Streik für den Mindestlohn“ könne ein Zeichen des Bürgerprotests gegen Schwarz-Gelb sein. Ernst erklärt:

Die Uhr läuft ab. Am 1. Mai 2011 wird der deutsche Arbeitsmarkt weitgehend nach Osteuropa geöffnet. Wir brauchen in Deutschland bis dahin einen gesetzlichen Mindestlohn. Das ist der einzige Weg, um zuverlässig eine neue Lohndumpingwelle zu verhindern. Deutschland ist unter Gerhard Schröder und Angela Merkel Lohnsenkungsweltmeister geworden. Allem Anschein nach arbeitet Schwarz-Gelb hart an der Titelverteidigung. Es gibt eine breite gesellschaftliche Mehrheit für den gesetzlichen Mindestlohn. Diese Mehrheit muss gehört werden. Die Gewerkschaften kündigen für das Frühjahr Proteste an. Das ist gut. Wenn sich die Bundesregierung nicht bewegt, müssen alle Aktionsformen ausgereizt werden. Auch organisierte Proteste während der Arbeitszeit sollten kein Tabu sein. Ein politischer Streik für den Mindestlohn wäre ein Zeichen, dass sich die Bürger nicht länger die schwarz-gelbe Blockadepolitik zu Lasten ihrer Löhne gefallen lassen.

Unterstützen Sie DIE LINKE im Wahlkampf

DIE LINKE ist die einzige der im Bundestag vertretenen Parteien, die keine Großspenden von Konzernen, Banken und Versicherungen erhält. Die wichtigste Einnahmequelle für DIE LINKE sind unsere Mitgliedsbeiträge und Spenden. Das ist in Sachsen-Anhalt nicht anders.

Wir kämpfen im Land in den nächsten Wochen um ein Wahlergebnis, das einen Politikwechsel ermöglicht. Und wir wollen einen inhaltsreichen und aussagekräftigen Wahlkampf machen, damit eine starke, linke Fraktion in den Landtag von Sachsen-Anhalt einziehen kann. Jede zusätzliche Spende unterstützt uns dabei, diesen Wahlkampf erfolgreich zu führen.

Wir sind dankbar für jede Spende von Genossinnen und Genossen, von Sympathisantinnen und Sympathisanten, von Freundinnen und Freunden. Jeder Euro hilft.

Herzliche Grüße

Corinna Pilatzki

Landesschatzmeisterin

Das Spendenkonto des Landesvorstandes Sachsen-Anhalt lautet:

DIE LINKE. Landesverband Sachsen-Anhalt

Konto: 118825901 / BLZ: 81070024

Deutsche Bank

Bitte immer Vorname, Name und Adresse zur Spende angeben! Ihre Spenden können Sie beim Finanzamt steuerlich geltend machen!

2011 - Blockieren bis der Naziaufmarsch Geschichte ist!

(aus dem Brief an die Kreisverbände der LINKEN)

Liebe Genossinnen und Genossen,

in weniger als 100 Tagen heißt es wieder: Nazifrei - Dresden stellt sich quer. Wir möchten erneut Europas größten Naziaufmarsch gemeinsam blockieren!

Am 13.02.2010 folgten mehr als 12 000 Menschen dem Aufruf des Bündnis Dresden Nazifrei und stoppten zum ersten Mal seit Jahren mittels Massenblockaden den europaweiten Naziaufmarsch in Dresden. Ein breites Bündnis aus Antifagruppen, lokalen Initiativen und Aktionsgruppen, Gewerkschaften, der LINKEN und vielen anderen, stellte sich entschlossen mit Mitteln des zivilen Ungehorsam den Nazis in den Weg.

Der Parteivorstand beteiligt sich am Bündnis Dresden-Nazifrei.

Infos zum Bündnis findet ihr hier: <http://www.dresden-nazifrei.com>

Am 5.12. traf sich eine vom Parteivorstand einberufene Projektgruppe in Berlin. Etwa 60 Teilnehmende aus verschiedenen Landesverbänden, linksjugend [‘solid] und DIE LINKE.SDS diskutierten und berieten u.a. über den Auftritt der LINKEN, die Mobilisierung nach Dresden und die Bedeutung von Naziaufmärschen.

Die Projektgruppe und der Parteivorstand rufen euch dazu auf, nach Dresden zu mobilisieren. Der Termin des Naziaufmarsches ist der 19.02.2011.

Der öffentliche Auftritt der LINKEN wird sich an das Erscheinungsbild in diesem Jahr anlehnen: Plakate und Aufkleber mit dem Slogan: NAZI AUFM ÄRSCHEN STOPPEN, außerdem Sitzkissen mit der Aufschrift: „Wenn’s mal wieder ungemütlich wird“. Außerdem verweisen wir noch einmal auf unsere Broschüre „Linke Argumente gegen rechte Hetze“. Die Materialien werden aus Berlin direkt in die Landesgeschäftsstellen verschickt bzw. können im Shop bestellt werden: <https://shop.die-linke.de/index.php?list=KAT18>.

Evtl. werden wir weitere Materialien zur Unterstützung der Demo produzieren.

Bei Fragen oder Anregungen könnt ihr euch gern mit

Kajo Tetzlaff: kajo.tetzlaff@die-linke.de, Tel.: 030 24009 537 oder

Thomas Westphal: thomas.westphal@die-linke.de, Tel. 030 24009 237 in Verbindung setzen.

Mit solidarischen Grüßen

Caren Lay Werner Dreibus

Bundesgeschäftsführerin



Termine zu Dresden: Mobilisierungs-Veranstaltung des SDS:

Vortrag zum Opfermythos Dresden

27.01.2011

18.00 Uhr im Hörsaal XVI im Melanchthonianum auf dem Uniplatz

Dann wird es einen Bus der Linksjugend nach Dresden geben. Dieser fährt am 19.02. um 06.00 Uhr in Magdeburg los und dann ca. 07.30 Uhr in Halle.

Anmeldungen werden unter jugend@dielinke-lsa.de entgegengenommen. Die Leute sollten sich möglichst bis 21.01. anmelden, damit wir besser planen können. Das Busticket wird 10 Euro kosten.

Nähere Informationen gibt es dann nach der Anmeldung.

Es ist an der Zeit

Auf der Basisvertreterberatung am 12.01.2011 ging es vorrangig um die diesjährigen Landtagswahlen am 20.03.2011. Als Gast konnten wir Dr. Achim Bittrich als Landeswahlleiter begrüßen.

Nachdem die ursprüngliche Beratung mit dem Landeswahlbüro und dem Landesvorstand im Dezember ja in Schneewehen untergegangen war, war es doch sehr gut, sich über die Strategie und die nächsten Schritte miteinander zu verständigen. Achim wies noch einmal darauf hin, dass es eine Differenz von ca. 160.000 Wählern zwischen Landtags- und Bundestagswahlen in Sachsen-Anhalt gibt.

Die Wählerinnen und Wähler, welche uns zu Bundestagswahlen wählen, gilt es, auch zu den Landtagswahlen zu mobilisieren. Sowohl Achim vom Landeswahlbüro als auch Swen für das Wahlbüro unseres Stadtverbandes baten die Genossinnen und Genossen, sich aktiv in den Wahlkampf einzubringen. Nicht jede/jeder wird in der Lage sein, sich an Infostände zu stellen oder gar zu plakatieren. Wichtig ist aber auch, zu Wählerforen zu gehen, um unsere Kandidatinnen und Kandidaten zu unterstützen. Der offensive, im Stadtbild auch sichtbare Wahlkampf wird Ende Februar losgehen. Die Basisorganisationen sind aufgerufen, ihre geplanten Infostände (Zeiten und Orte) an das Wahlbüro zu melden, so dass das Wahlbüro einschätzen kann, wo Lücken sind und wir organisatorisch diesbezüglich aktiv werden müssen.

Die Koordinierung für Halle-Neustadt liegt bei Hubert Schmidt, für Alt-Halle bei Marianne Böttcher gemeinsam mit Ingrid Giesel. Desweiteren werden alle gebeten, dem Wahlbüro die ihrer Meinung nach günstigsten und wirksamsten Stellen für die Plakatierung anzuzeigen (z.B.: Wo bewegen sich viele Menschen und haben dennoch Zeit, sich ein Plakat anzusehen).

Die zentrale Abschlusskundgebung wird für das Land in Halle (Saale) am 17.03.2011 stattfinden.

Anschließend begeben wir uns am 18./19.03.2011 in den Endspurt (72-Stunden – Wahlkampf).

Hier wird unser Ziel sein, möglichst viele Wählerinnen und Wähler zu motivieren, zur Wahl zu gehen. Wir werden offensiv im Stadtbild zu finden sein und unseren Wahlauftritt kommunizieren. Bitte merkt Euch jetzt schon diese Termine vor, an diesen Tagen wird wirklich jede und jeder gebraucht.

Zu den letzten Landtagswahlen konnten wir in Halle (Saale) zwei Direktmandate erringen (Dr. Uwe-Volkmar Köck und Uwe Heft).

Ich denke, wenn wir alle gemeinsam, jede und jeder nach seinen Möglichkeiten, um jede Stimme kämpfen und unsere Ziele an die Wählerinnen und Wähler bringen, haben wir die durchaus realistische Chance, die Anzahl der Direktmandate zu erhöhen und insgesamt stärkste Partei in Sachsen-Anhalt zu werden.

MB

**Öffentlich!
Weil's wichtig
für alle ist.**

Es ist an der Zeit!

DIE LINKE ist die Partei des sozialen Zusammenhalts. Deshalb kämpfen wir bei der Landtagswahl 2011 um den ersten Platz, für eine realistische und sozial gerechte Politik in Sachsen-Anhalt. Bitte tragen Sie mit einer Spende dazu bei, dass wir einen erfolgreichen Wahlkampf führen können. Wir freuen uns über jeden Betrag.

DIE LINKE.

Konto 118 825 901, Deutsche Bank,
BLZ 810 700 24 mit dem Kennwort
»Spende Wahl 2011« oder
[www.dielinke-sachsen-anhalt.de/
partei/spenden](http://www.dielinke-sachsen-anhalt.de/partei/spenden)

Einberufung der 1. Tagung des 3. Landesparteitages der Partei DIE LINKE. Sachsen-Anhalt

Aus dem Beschluss des Landesvorstandes DIE LINKE. Sachsen-Anhalt vom 7. Dezember 2010:
Der Landesvorstand beruft die 1. Tagung des 3. Landesparteitages der Partei DIE LINKE. Sachsen-Anhalt für den 05. März 2011 nach Magdeburg ein.

1. Zielsetzung:

Die 1. Tagung des 3. Landesparteitages wird sich mit der Diskussion zur aktuellen politischen Lage kurz vor dem Wahltermin zum 6. Landtag von Sachsen-Anhalt beschäftigen und unseren Anspruch die Gestaltungsmacht im Land zu erringen noch einmal inhaltlich untersetzen.

2. Tagesordnung und Zeitplan (vorläufig):

Tagesordnung:

1. Begrüßung
2. Konstituierung des Landesparteitages (Wahl der Gremien, Geschäftsordnung, Bestätigung der Tagesordnung & des Zeitplanes)
3. Grußwort der Parteivorsitzenden
4. Aussprache
5. Rede des Kandidaten für das Amt des Ministerpräsidenten
6. Bericht der Mandatsprüfungskommission
7. Beschlussfassung
8. Ende der Beratung

Zeitplan:

Samstag, 05. März 2011

- 11.00 Uhr Eröffnung
- 11.10 Uhr Konstituierung des Landesparteitages - Wahl der Gremien - Beschluss zur Geschäftsordnung - Bestätigung der Tagesordnung - Bestätigung des Zeitplanes
- 11.15 Uhr Grußwort der Parteivorsitzenden
- 11.45 Uhr Aussprache
- 13.00 Uhr Mittagspause
- 13.45 Uhr Fortsetzung der Debatte
- 14.15 Uhr Rede des Kandidaten für das Amt des Ministerpräsidenten
- 15.15 Uhr Bericht der Mandatsprüfungskommission
- 15.25 Uhr Beschlussfassung
- 16.00 Uhr Ende der Beratung

3. Delegiertenschlüssel

Der Delegiertenschlüssel für den 3. Landesparteitag wurde mit Beschluss des Landesvorstandes vom 08. Juni 2010 festgelegt. Die Wahl der Delegierten in den Kreisen und Zusammenschlüssen für den 3. Landesparteitag war ab dem 11. Juli 2010 möglich und muss bis spätestens 04. Februar 2011 erfolgt sein. Im übrigen gilt die Satzung § 10 Geschlechterdemokratie.

4. Antragsschluss

Antragsschluss für alle selbständigen Anträge ist der 23. Januar 2011.

Dringlichkeits- oder Initiativanträge sind Anträge, die sich aus der politischen Situation nach dem Antragsschluss ergeben haben. Sie bedürfen für eine Behandlung im Plenum der Unterschrift von mindestens 10 % der stimmberechtigten Delegierten (§ 16 Absatz 5 der Landessatzung).